935

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (amtlich) an den breitspaltigen Teil einer Textseite) 2 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Ala, Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 27 853, Postscheck Dresden 26 518. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,20 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 M. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Alfred Frenkel, Berlin; übriger Teil: Erich Gentzmann, Dresden; Inserate: Fritz Fischer, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17250, Postscheck Dresden 18096

8. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 20. Dezember 1932 — Nummer 290

Hungermarsch junger Arbeitsloser auf Berlin

Hunger und Frost peinigen die jungen arbeits- und heimatlosen Proletarier ganz besonders . Die Jungarbeiter formieren die Reihen zum Kampf gegen das graue Elend

Das Elend der Arbeitslosigkeit, des Hungers und der Obdachlosigkeit nimmt unter der werktätigen Jugend besonders erschütternde Formen an. Zweieinhalb Millionen Jugendliche sind erwerbslos, hungern, frieren, weil ihnen die Unterstützung gesperrt ist, und weil sie in großer Zahl nicht einmal Unterkunft, nicht einmal ein Dach über dem Kopfe haben.

Man gibt diesen jungen Menschen weder Arbeit noch Brot, sondern reiht sie in den faschistischen Arbeitsdienst ein. Hitlerführer wie auch SPD-Führer sind besondere Verfechter dieses Arbeitsdienstes und setzen sich mit aller Kraft für dessen Weiterentwicklung ein. Sie helfen somit das Kanonenfutter für den kommenden Krieg vorzubereiten.

Unter den leidenden Jungarbeitermassen bricht sich aber immer stärker der Geist Karl Liebknechts Bahn und ermuntert sie zum Kampf gegen Hunger, Faschismus und Krieg. Gerade im Hinblick auf die Leiden der Erwerbslosigkeit erklären die Massen der Jungerwerbslosen: **Schluß mit dem Elend!**

Ueber die unter den Jungerwerbslosen wachsende Kampfentschlossenheit wird unter anderem im Dortmunder Generalanzeiger vom 16. 12. folgendes berichtet:

„Wie uns geschrieben wird, haben die heimatlosen Jugendlichen für Weihnachten einen **Hungermarsch aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin** verabredet. Dort sollen in verschiedenen Stadtteilen Meldestellen eingerichtet werden. **Die obdachlose Jugend protestiert vor allem gegen die falsche Wohnungs- und Nahrungsmittelwirtschaft. In Berlin stünden allein 30 000 Wohnungen leer, während die heimatlose Jugend kein Obdach hat.**"

Am **Montagabend** demonstrierten die jugendlichen Erwerbslosen im Warenhaus Karstadt in Berlin. In Sprechchören gegen Hunger und Frost riefen sie zum Kampf auf. Es wurden außerdem Flugblätter verteilt zur Teilnahme am Hungermarsch der Lippelbrücker und jugendlichen Erwerbslosen.

Vor dem Weddinger Rathaus sammelten sich etwa 300 Jugendliche, die mit einem Transparent nach der Triftstraße marschierten. Vor dem Arbeitsnachweis Bormannstraße soll es am Montag, dem 19. Dezember, zu neuen Jugendkundgebungen gekommen sein. Eine Delegation forderte für die jugendlichen Erwerbslosen warmes Essen. Als es abgelehnt wurde, kam es zu Protestkundgebungen. Vor Nichinger am Alexanderplatz, am Arbeitsnachweis Sonnenallee demonstrierten ca. 200 Jugendliche. Sie erreichten, daß einem Jugendlichen, dem die Unterstützung entzogen werden sollte, diese weiter bezahlt wurde.

Aus **Bremen, Eberswalde, Stettin** usw. wird berichtet, daß Obdachlose und Erwerbslose beschlossen haben, am 19. 12. nach Berlin zu marschieren.

Hungerrufe der Arbeitslosen in ganz Deutschland

Arbeitslose protestieren gegen neue Betriebsstillegung Um ein warmes Mittagessen, um Brot, Kartoffeln und Kohlen.

In **Nürnberg** demonstrierten am 16. Dezember mehr als 1000 Arbeiter für ihre Winterhilfeforderungen. Ueber 30 Arbeiter wurden verhaftet.

In **Höchst** demonstrierten am 15. Dezember Hunderte von Arbeitslosen vor dem großen IG-Farben-Betrieb, in Wiesbaden am 16. Dezember zirka 500 Arbeitslose für die Winterhilfe. In Osterbrück zogen am 15. Dezember Arbeitslose vor das Rathaus und forderten Winterhilfe, insbesondere täglich ein warmes Mittagessen. Der Bürgermeister bewilligte das warme Mittagessen.

In **Düsseldorf-Ser** Stadtteil Unter-Gerresheim kam es am 18. Dezember zu Arbeitslosendemonstrationen. Die Erwerbslosen forderten Brot und Kohlen. Die Polizei gab Schüsse ab. Am 15. Dezember demonstrierten Arbeitslose in Düsseldorf am Corneliusplatz, in Wuppertal, in Krefeld, in Schwerte, wo an 2000 Arbeitslose vors Rathaus zogen, in Hagen-Oberstadt und Lüdenscheidt. Ueberall forderten die Arbeitslosen Lebensmittel und Kohlen.

Im **Ruhrgebiet** demonstrierten in den letzten Tagen Arbeitslose in Essen, Dortmund, Oberhausen, Bottrop und Bielefeld.

In **Bremerhaven** zogen am 16. Dezember Hunderte von Arbeitslosen vor das Rathaus. Dort hatten in der Stadtverordnetenversammlung die SPD-Vertreter für die Winterhilfeanträge gestimmt, in der Bremer Koalitionsregierung haben aber die SPD-Vertreter für die Nichtdurchführung des Beschlusses der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung gestimmt. Die Empörung der Arbeiter über diesen Verrat der SPD-Führer ist unbeschreiblich.

In **Hamburg** soll der Textilbetrieb Bischoff & Kudaß stillgelegt werden. 300 Arbeiterinnen sollen aufs Straßenpflaster fliegen. Die kapitalistische Wirtschaftsdiktatur schneidet auch diesen Arbeiterinnen den Erwerb ab. Die Läger sind überfüllt. 180 000 Dutzend Paar Strümpfe und Wollwaren im Werte von zweieinhalb Millionen Mark sind in den Lagern der Fabrik aufgestapelt. Bei Bekanntwerden dieser Nachricht bemächtigte sich der Hamburger Bevölkerung eine ungeheure Empörung. Zusammen mit den betroffenen Arbeiterinnen protestierten am 16. Dezember Hunderte von Arbeitslosen gegen diese Betriebsstillegung. Sie forderten, daß die unpfändbaren Bekleidungssachen den Arbeitslosen gegeben werden. Die Polizei ging in schärfster Weise mit dem Gummiknüppel gegen die Arbeiterinnen vor, wobei auch die **kommunistische Reichstagsabgeordnete**, Genossin **Augustat**, die für die Interessen der Arbeiterinnen eintrat, schwer **mißhandelt** wurde.

KPD-Initiative erzwingt Erwerbslosenhilfe

Die Initiative der Kommunistischen Partei und die Aktivität der Erwerbslosen erreichte in Falkenstein einen großen Erfolg. WTB meldet darüber:

Falkenstein, 19. Dezember. In einer auf kommunistischen Antrag einberufenen Dringlichkeitssitzung beschäftigten sich die Stadtverordneten mit Mieterangelegenheiten bei der Landessiedlungsgesellschaft und der Wohnungsbaugesellschaft, da 172 Mieter bei den Gesellschaften mit der Miete im Rückstand und von der Exmittierung bedroht sind. Die gestellten Anträge lauteten auf Mietübernahme durch die Stadt. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag auf Aufnahme von Einigungsverhandlungen der Stadt mit den beiden Wohnungsgesellschaften. Eine Uebernahme der Häuser der Landessiedlungsgesellschaft in städtische Regie wurde abgelehnt, dagegen wurde die Wiedergewährung der Zinszuschüsse an die LSG genehmigt sowie die Uebernahme der Mietrückstände, Müllabfuhr-, Gas- und Wasserschulden auf die Stadt. Den Unterstützungsempfängern sollen Mietzuschüsse gewährt werden. Schließlich sollen den Mietern bei beiden Gesellschaften Kartoffeln, Brot und Kohlen gewährt werden.

Auch in Brandis wurde ein kommunistischer Antrag auf Gewährung von Winterhilfe an sämtliche Unterstützungsempfänger und Hilfsbedürftige angenommen.

Gewerkschaftsführer in Wort und Bild

In jeder Situation im Bunde mit dem Klassenfeinde

Kampfruf für revolutionäre Genossenschaftspolitik

Siehe unsere Sonderseiten im Innern des Blattes

Schwere Naziverluste bei Wahlen

Am Sonntag fanden in dem sächsischen Städtchen Oschatz Gemeindewahlen statt, bei denen die Nazistimmen von 429 auf 328 zurückgingen.

Die Nazis bekamen 3 Mandate, die SPD erhielt 329 Stimmen und 3 Mandate. Eine bürgerliche Einheitsliste erhielt 5 Mandate und verlor eins. Die Kommunistische Partei, die bisher nicht im Gemeindeparlament vertreten war, erhielt 2 Mandate und 285 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug hier 80 Prozent.

Auch bei der Neuwahl des Gemeinderates Alsdorf erlitten die Nationalsozialisten eine schwere Schlappe.

Die Kommunisten erhalten 10, die Sozialdemokraten 2, das Zentrum 7, Bürgerliche 3 Mandate und Nationalsozialisten ein Mandat. Die Hakenkreuzler haben gegenüber dem 6. November über 45 Prozent ihrer Stimmen verloren, ihr Verlust geht weit über den allgemeinen Stimmenrückgang hinaus.

Schwere Meuterei in der SA

600 SA-Leute in Kassel mit einem Male aus der Hitlerpartei ausgetreten . Wachsende Zersetzung bei den Nazis

Kassel, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

In der SA Kassel ist am Sonntag eine große Meuterei ausgebrochen. Der Sturm 5 und der Sturm Bockenhausen mit 600 SA-Leuten hatten geschlossen ihren Austritt aus der Hitlerpartei erklärt. Die unmittelbare Ursache dieser Meuterei lag in der Nichterfüllung von Versprechungen, die den SA-Leuten seitens der Führung gemacht worden waren. Der Sturmführer mußte aus finanziellen Schwierigkeiten heraus 200 Zentner Kartoffeln, die für die Nationalsozialistische Winterhilfe gesammelt worden waren, verkaufen. Als der SA-Führer durch die Führung im Braunen Haus abgesetzt wurde, kam es zu einer offenen Meuterei.

Dieser Vorgang spiegelt aber in Wirklichkeit die tiefe Zersetzung in den Reihen der einfachen SA-Leute wieder, die mit der offenen Schleicherpolitik des Braunen Hauses nicht einverstanden sind.

Die Zersetzung in der Hitlerpartei und in der SA wird immer stärker. Die Vorgänge in der Kasseler SA sind ein Symptom dafür. Die Rebellion der enttäuschten und betrogenen Anhänger der Hitlerpartei gegen die Politik dieser Partei läßt sich auch nicht mit „Dementis" der Reichsleitung der NSDAP aus der Welt schaffen. So veröffentlicht z. B. das Braune Haus in München eine Bekanntmachung, daß die Meldungen über einen starken Mitgliederrückgang der NSDAP „reine Erfindung" seien. „Die NSDAP freue sich", so heißt es weiter, „demgegenüber feststellen zu können, daß ihre Mitgliederzahl nach wie vor anhalte." Weiter wird erklärt, daß die Reichsleitung der NSDAP eine einstweilige Verfügung gegen Verbreitung der obigen Meldung veranlaßt habe.

Der Austritt der 600 SA-Leute in Kassel zeigt, was von dieser Erklärung zu halten ist. Sie ist genau so zu bewerten, wie die Erklärung, die Gregor Strasser acht Tage vor seiner „Beurlaubung" abgab und in der jede Differenz mit dem „Führer" abgeleugnet wurde. Die neue Erklärung des Braunen Hauses ist lediglich dazu bestimmt, die Mitläufer der Hitlerpartei über die wahre Lage dieser Partei und den Grad ihrer Zersetzung zu täuschen.

Inzwischen reist Hitler weiter im Lande umher, um die Massen der Zersetzung abspenstig zu machen. Am Sonntag sprach er in Halle vor einer Konferenz von „Amtswaltern", und am Dienstag vor einer gleichen Konferenz in Magdeburg. Er hat auf diesen Konferenzen seine letzten bekannten Versammlungsreden gehalten.

Genosse Scher, MdR, Mitglied des ZK der KPD, verhaftet

Verteidigt eure Partei, die euch aus Elend und Not führt, gegen Angriffe der Reaktion!

In seiner Wohnung wurde der Genosse Jonny Scher, Mitglied des Zentralkomitees der KPD, Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, von der Polizei verhaftet. Bei der Durchsuchung der Wohnung wurde nichts gefunden.

Man hat nach der Haussuchung mehrere Beamte in der besagten Wohnung gelassen und es besteht die Möglichkeit, daß man nunmehr etwas „finden" wird. Die Verhaftung geschah auf Veranlassung des Oberreichsanwaltes. Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert, daß der Aeltestenausschuß des Reichstages zu diesem unerhörten Immunitätsbruch und Justizskandal Stellung nimmt. Die Verhaftung zeigt, daß die staatlichen Organe gewillt sind, nach dem Rezept der „DAZ" zu verfahren, die schreibt: „Der Staat muß durchgreifen — unsentimental und wirksam."

Während das System Millionen weder Arbeit noch Brot geben kann, nicht einmal eine kärgliche Winterhilfe, verfolgt man die Kommunistische Partei, die einzige Partei, die die Massen aus Not und Elend zu führen vermag. Man sperrt die kommunistischen Funktionäre in die Kerker.

Schart euch dichter und in Massen um die KPD, die für euch kämpft — und ihr werdet die Reaktion zerschlagen, die euch unter Führer betäuben will.

Auf zum Protest und zum Kampf um die Befreiung des Genossen Scher und der Tausende, die mit ihm eingekerkert sind!